

AUSSEN WIRTSCHAFT UPDATE USA

AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER NEW YORK
APRIL 2018



Eine Information des
AußenwirtschaftsCenter New York

Wirtschaftsdelegierter

Mag. Michael Friedl

T +1 212 421 5250

E newyork@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/us

HEAD OFFICE

Mag. Guido Stock

T 05 90 900/4205

E aussenwirtschaft.amerika@wko.at

 fb.com/aussenwirtschaft

 twitter.com/wko_aw

 linkedin.com/company/aussenwirtschaft-austria

 youtube.com/aussenwirtschaft

 flickr.com/aussenwirtschaftaustria

 www.austria-ist-ueberall.at

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vervielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und die Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten. Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gestattet.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist jede gewerbliche Nutzung dieses Werkes der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten.

© AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA DER WKÖ
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz i.d.g.F.:

Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Wiedner Hauptstraße 63, Postfach 150, 1045 Wien,
Redaktion: Corporate Communication | T +43 (0) 5 90 900-4317 | F +43 (0) 5 90 900-4094,
E aussenwirtschaft.corpcom@wko.at | W wko.at/aussenwirtschaft

AUSSENWIRTSCHAFT UPDATE USA (Gesamtjahr 2017)

- **1 Jahr Trump! Der wirtschaftspolitische Fokus wird zentral auf die USA gerichtet; protektionistische Handelspolitik sorgt für Barrieren und Hürden für Freihandel und –abkommen**
- **Wirtschaftswachstumprognose für 2018 mit 2,6% etwas verbessert dank positiver Entwicklung bei Inlandskonsum, privatwirtschaftlichen Investitionen, Arbeitsmarkt und Inflation**
- **Rückläufige Arbeitslosigkeit, leicht steigende Inflation, steigende Löhne**
- **Hoher Konsum trieb Wachstum an, Rohöl steigt 2017 nachfragebedingt auf USD 54,4 USD**
- **2017 wieder ein kräftiger Zuwachs österreichischer Ausfuhren von +10,7% verzeichnet, importeitig sogar +16,2%**

Wirtschaftskennzahlen

	2016	2017	2018*	2019*
Nominales Bruttoinlandsprodukt in Mrd. USD ¹	18.576	19.397*	20.360	21.280
Bruttoinlandsprodukt/Kopf in US-Dollar ²	57.325	59.381*	61.848	64.125
Bevölkerung in Mio. ³	323,9	326,5*	329,2	331,9
Reales Wirtschaftswachstum in % ⁴	1,6	2,3	2,6	2,5
Inflationsrate in % ⁵	1,3	2,1	2,3	2,4
Arbeitslosenrate in % ⁶	4,9	4,4	3,8	3,6
Wechselkurs der Landeswährung USD zu Euro; 100 USD=in Euro ⁷	1,07	1,13	1,20	1,18
Warenexporte des Landes in Mrd. US-Dollar	1.464	1.558	1.666	1.778
Warenimporte des Landes in Mrd. US-Dollar	2.201	2.347	2.498	2.606

Wirtschaftsleistung des Landes, Weltwertung:⁸ 1. Rang

Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

	2016	2017	Veränderung zum Vorjahr in %
Österreichische Warenexporte in Mio. Euro	8.727	9.661	+10,7%
Österreichische Warenimporte in Mio. Euro	5.018	5.811	+16,2%
Österreichische Dienstleistungsexporte in Mio. Euro ⁹	1.587	k.A	+5,8% (zu 2015)
Österreichische Dienstleistungsimporte in Mio. Euro ¹⁰	1.791	k.A	+1,4% (zu 2015)

Österreichische Direktinvestitionen ¹¹ , Stand 2016	9.666 Mio. Euro
Beschäftigte bei österr. Direktinvestitionen ¹² : Stand 2015:	38.253
Direktinvestitionen aus USA in Ö ¹³ , Stand 2016:	15.591 Mio. Euro
Beschäftigte in Österreich bei Direktinvestitionen aus USA ¹⁴ Stand 2015:	21.312

Wichtigster Warenexportmarkt für Österreich: 2. Rang

¹⁻⁶ Quelle: Economist Intelligence Unit

⁷ Quelle: lokale Nationalbank

⁸ Quelle: Weltbank, *Schätzung

⁹⁻¹⁴ Quelle: Österreichische Nationalbank

• 1. Wirtschaftslage

Donald Trumps erstes Jahr als Präsident von holprigem Start, impulsivem, polarisierendem Stil und Kontroversen geprägt

Donald Trump wurde am 20. Jänner (Inauguration Day) 2017 als 45. Präsident der USA angelobt und hat bereits unmittelbar nach seinem Antritt zahlreiche, mitunter kontroversielle Executive Orders und Präsidialerlässe – größtenteils wie während seines Wahlkampfes versprochen – erlassen; wie ebenfalls bereits im Wahlkampf angekündigt, richtet Trump den wirtschaftspolitischen Fokus wieder zentral auf die USA und stellte folgende Prioritäten vor:

- Unterzeichnung eines Memorandums über die Abkehr/Nicht-Umsetzung von TPP, Neuverhandlungen bestehender Abkommen, v.a. NAFTA (7. Runde der Verhandlungen. Stand März 2018)
- Deregulierung der nationalen Energiewirtschaft, vor allem im Bereich Schiefergas und „clean coal“
- Bürokratie reduzieren, für jede neue Richtlinie sollen zwei alte aufgehoben werden, bzw. „reduce government regulations by 75%“
- Strengere Visa- und Immigrationskontrollen, auch betreffend Schwarzarbeit
- Schutz amerikanischer Infrastruktur vor Cyber-Attacken und ähnliches
- Lobbying-Verbote für Regierungsmitglieder (5 Jahre national, unbegrenzt bei ausländischen Auftraggeber)
- Steuererleichterungen für die Mittelschicht wolle Trump mit dem Kongress planen (am 22. Dezember 2017 hat US-Präsident Donald Trump eine umfassende Steuerreform („Tax Cuts and Jobs Act“), mit einem Volumen von USD 1.5 Billionen medienwirksam vor dem Weihnachtswochenende verabschiedet)
- „Repeal and replace“ von Obamacare, Trumps „American Health Care Act“ wurde vorerst abgelehnt, auch zwei weitere Versuche Obamacare (einmal ohne jeglichen Ersatz und dann als abgespeckte Version) abzuschaffen, scheiterten und stellten eine Niederlage für Trump dar
- Budgetentwurf mit Fokus auf Rüstung und Militär und hohen Einsparungen u.a. bei EPA (Environmental Protection Agency), „State and other Development Programs“, International Aid und Landwirtschaft.

Dow Jones seit Beginn 2017 auf Höhenflug

Nach kurzfristigen Kursverlusten unmittelbar nach dem Wahlausgang, setzte der Dow Jones, der kurz nach Trumps Angelobung erstmals die 20.000-Punkte-Marke durchbrach und seit dem sukzessiv historische Höchststände erreichte – zuletzt am 12. Jänner 2018 mit 25.803 Punkten – zu einem anhaltenden mehrmonatigen Höhenflug an. Diese unerwartete Entwicklung auf den Finanzmärkten ist teilweise auf die Erwartungen an Trump's tatsächliche Politik zurückzuführen. Nachdem Trump mit der Unterzeichnung der umfassenden Steuerreform noch vor Ende des letzten Jahres einen politischen Meilenstein setzen konnte, rechnen Investoren in Zukunft mit aufgelockerten Finanzregulierungen und mehr Investitionen um die Infrastruktur und teilweise Umweltderegulierungen anzukurbeln. Inwieweit diese Entwicklungen allerdings realwirtschaftlich und mittelfristig nachhaltig und begründet sind muss sich noch weisen.

US-Dollar startet schwach ins neue Jahr 2018

Auch der US-Dollar entwickelte sich unmittelbar nach der Wahl sehr stark und kletterte von 1,13 gegenüber dem Euro auf 1,05 und hatte im Dezember 2016 seinen höchsten Stand in 14 Jahren erreicht. Seit Juni 2017 hat der Dollar allerdings wieder schrittweise nachgegeben und hat sich bis Dezember bei etwa 1,18 eingependelt. Eine starke Entwicklung innerhalb der Euro Zone Anfang des Jahres ließ den Euro gegenüber dem US-Dollar kurzzeitig bis auf 1,25 hochklettern. Es ist zu erwarten, dass diese Entwicklung bis zum Ende des 1. Halbjahres 2018 anhalten wird.

Wirtschaftsaufschwung soll auch noch 2018 anhalten

Der **Aufschwung in den USA** setzt sich insgesamt - wenn auch verhaltener als erwartet - auch 2018 fort. Nach einem eher schwachen Start ins Jahr 2017 (1,2% Wachstum in Q1), legte die amerikanische Wirtschaft bis zum Ende des Jahres - annualisiert - um **2,2%** zu. Ein gutes Ergebnis nach einem eher ernüchternden Wachstum von 1,6% in 2016 (wenn auch ein passabler Wert für einen OECD Staat).

Aufgrund **fallender Arbeitslosigkeit, günstiger Kredite und realer Lohnsteigerungen** wird auch für 2018 ein starkes Wachstum von 2,6% erwartet, welches jedoch in den Folgejahren wieder abnehmen soll.

US-Notenbank hebt Leitzinssatz dreimal im Jahr 2017 an

Die insgesamt wieder robustere Wirtschaftslage in den USA hat die US-Notenbank (Federal Reserve) nach etwa 7 Jahren (Ende 2015) wieder zu einer Leitzinsanhebung von 0,25% und zu einer weiteren Anhebung von 0,25% Ende 2016 bewogen.

2017 wurde der Leitzins insgesamt gleich dreimal, im März, Juni und Dezember, um jeweils 0,25% erhöht. Im März 2018 wurden die Zinserhöhungen weiter fortgesetzt mit einer Erhöhung um weitere 0,25%, womit der Zins **momentan bei 1,75%** liegt.

Die beschleunigte und aggressive Geldpolitik der Fed beruht auf den Annahmen dass die US Wirtschaft mit leichten Zinserhöhungen zurecht kommen wird. Auch 2018 und 2019 ist mit weiteren Zinserhöhungen zu rechnen um die Inflation bei den gewünschten 2,0% zu halten.

Jerome Powell übernimmt FED Ruder

Im Februar 2018 hat Jerome Powell die Position von Notenbankchefin Janet Yellen übernommen. Änderungen in der Geldpolitik werden durch den Amtswechsel - vorerst - nicht erwartet.

Konsum bleibt Wachstumstreiber

Dass das Wirtschaftswachstum jedoch nicht ganz so stark ausfiel wie ursprünglich erwartet (und von Trumps 3%-Ziel entfernt bleibt), hängt mit der schwachen Auslandsnachfrage auf Grund von niedrigerem Weltwirtschaftswachstum, sowie dem Rückgang der Exporte durch den Anfang des Jahres noch starken Dollar zusammen; der zwischenzeitlich etwas schwächere Dollar könnte sich förderlich auf US-Exporte auswirken. Wachstumsfördernd sind immer noch die hohen Konsumausgaben, welche zu einem Anstieg der Arbeitsplätze führten.

Wieder starkes Wachstum bei Arbeitsplätzen

Das Wachstum der neu geschaffenen Arbeitsplätze verlangsamte sich gegen Mitte des letzten Jahres (als im Jänner und Februar 2017 noch Werte von 218.000 neuer Jobs verzeichnet wurden) zwar etwas, hat aber Anfang 2018 mit 239.000 und 313.000 neuen Arbeitsplätzen in Jänner und Februar bereits wieder die Erwartungen übertroffen.

Arbeitslosenrate weiterhin auf niedrigstem Niveau seit 17 Jahren

Die Arbeitslosigkeit markiert auch im Februar 2018, 5 Monate in Folge, bei einem **Tiefstand von 4.1%** und damit dem geringsten Wert seit Februar 2001. Diese Quote liegt in etwa bereits bei der Schwelle, ab der die US-Notenbank von Vollbeschäftigung ausgeht. Der amerikanische Arbeitsmarkt befindet sich also in sehr gutem Zustand. Auch in den Folgemonaten soll die Arbeitslosenrate mit Werten zwischen 3,6% und 4,5% weiter auf niedrigem Niveau bleiben.

Neue Jobs in produzierendem Gewerbe, Baubranche, Gesundheitssektor und Bergbau

Neue Arbeitsstellen wurden 2017 vor allem, wie im Wahlkampf schon versprochen, in der produzierenden Industrie, Baubranche (+200.000), Gesundheitssektor (+300.000) und Bergbau geschaffen, während sich das Arbeitsplatzwachstum im öffentlichen Bereich und IT-Sektor verlangsamte. Insgesamt wurden knapp über zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen, was allerdings der niedrigste Wert seit 2010 ist.

Die gesunkene Arbeitslosigkeit, die gestiegene Beschäftigungsquote von knapp über 63%, relativ günstige Kreditzinsen, sowie die durch niedrige Energiepreise gestiegenen Familieneinkommen erhöhen das Konsumentenvertrauen und treiben den Zyklus des Wirtschaftswachstums weiter an. Gedämpft wurde das Wachstum durch rückgängige Investitionen in Anlagevermögen und Transportmittel sowie durch geringere Unternehmensgewinne.

Inflation steigt nachfragebedingt auf 2,1% an

Die Inflationsrate betrug 2016 vor allem auf Grund des niedrigen Erdölpreises und verbilligter Importe nur 1,3%, konnte sich aber im Gesamtjahr 2017 aufgrund wachsender Nachfrage und gestiegener Rohstoffpreise auf **2,1%** verbessern und wird gemäß Analysten auch bis 2019 bei dem laut FED angepeilten Rahmen von 2-2.2% rangieren.

Ölpreis steigt auf 54,4 USD an

Der Ölpreis blieb im Jahr 2016 bei durchschnittlich etwa 44 USD pro Fass. Der dadurch reduzierte Benzinpreis spülte einer vierköpfigen amerikanischen Familie durchschnittlich etwa 800 USD zusätzlich pro Jahr in die Geldbörse, die wiederum für Konsumausgaben, v.a. für Dienstleistungen, ausgegeben wurden. Der Ölpreis für Brent Oil ist im Gesamtjahr 2017 auf **USD 54,4** angestiegen und könnte somit diese Entwicklung wieder etwas abbremsen. Auch in 2018 ist eine Ölpreissteigerungen auf bis zu 63 USD zu erwarten.

Leistungsbilanzdefizit bleibt in den nächsten Jahren stabil

Trotz geringerer betrieblicher Gewinne wegen niedriger Energiepreise, ist das Haushaltsdefizit 2017 relativ stabil bei 3,5% gegenüber dem Vorjahr (3,4% in 2016) geblieben. 2018 wird aufgrund der Steuersenkungen, eine Erweiterung des Defizites auf 4,5% erwartet. Das **Leistungsbilanzdefizit der USA soll von 2017 bis 2019 zwischen 2,8 -3,4% des BIP betragen** und wird trotz geringerem Erdölimport auf Grund von Eigenproduktion, nicht wie vorhergesagt weiter fallen.

• 2. Besondere Entwicklungen

Donald Trump ist der 45. US-Präsident, schlägt neues politisches Kapitel auf, volatil und impulsiv

Nach über einem Jahr unter der Trump-Administration, scheint man sich mehr oder weniger mit den neuen Verhältnissen arrangiert zu haben. Trump war zumindest in den ersten Wochen seiner Amtszeit tatsächlich bemüht Themen und Positionen, welche seinen Wahlkampf stark bestimmten, wie etwa Sicherheit, Immigration, Arbeitsplätze, nationalistische Wirtschaftspolitik und Freihandelsabkommen, etc. anhand einer Reihe Executive Orders und eiliger Präsidialerlässe rasch umzusetzen, auch wenn einige dieser Maßnahmen nicht ausreichend vorbereitet schienen, wie etwa ein vorübergehendes Moratorium über die Einreise von Staatsbürgern von 7 mehrheitlich muslimischen Ländern, welches seitens der Judikative allerdings blockiert wurde und erst im 2. Anlauf im Juni vorerst für 6 Staaten angewandt wird. Auch die angekündigte Steuerreform konnte er noch vor Ende 2017 umsetzen. Anfang 2018 gab es dann die ersten Amtshandlungen bezüglich seiner angekündigten Handelspolitik, wie die Einfuhr von Schutzzöllen auf Stahl und Aluminium.

Bestätigung der Regierungsmitglieder verzögerte sich

Die senatliche Anhörung und Bestätigung Trump's einzelner Regierungs- und Kabinettsmitglieder dauerte länger als erwartet. Erst am **11. Mai** wurde mit **Robert Lighthizer als "U.S. Trade Representative"** der letzte Kandidat für Trumps Regierung bestätigt. Der aufgrund konservativer Ansichten teilweise umstrittene, wenn auch insgesamt dank einer beeindruckenden Karriere und Ausbildung respektierte Ersatz für den lange vakanten **Supreme Court Justice – Sitzes Neil Gorsuch** konnte von den Republikanern nach einer Änderung der Abstimmungsregeln erst am 7. April 2017 bestätigt werden.

Laufende Personalveränderungen dauern an

Sein Kabinett und Beraterstab waren seit Amtsantritt laufend Änderungen unterworfen, teilweise aufgrund Trumps impulsivem Personalmanagements, andererseits auch aufgrund öffentlichen Druckes, wie zuletzt Gesundheitsminister **Tom Price** (United States Secretary of Health and Human Services), der nach überzogenen dienstlichen Ausgaben für Privatreisen Ende September zurücktreten musste. Ende Mai feuerte Trump FBI-Direktor **James Comey** unter großer medialer Beachtung, Im Juli erfolgten umfassende Personalrochaden im Weißen Haus, **Pressesprecher Spicer und Stabschef Reince Priebus mussten gehen**, letzterer wurde durch einen weiteren Ex-General, John Kelly, ersetzt. Kommunikationsdirektor **Anthony Scaramucci** musste nach nur zehn Tagen im Weißen Haus wieder das Feld räumen, etc. Die zahlreichen personellen Veränderungen vermitteln jedenfalls das Bild erheblicher interner Differenzen im Weißen Haus.

Nach monatelangen Gerüchten betreffend der ungewissen Zukunft von **Secretary of State Rex Tillerson**, verkündete Präsident Trump am 13. März 2018, überraschend, dessen Entlassung. Sein Nachfolger ist **Mike Pompeo**, ehemaliger Direktor der CIA. Auch ehemaliger **Vizedirektor des FBI Andrew McCabe** wurde am 17. März 2018 entlassen. Trump feuerte McCabe, der seit Anfang 2018 als einfacher Beamter der Bundespolizei tätig war, unter dem Vorwand er habe interne Ermittler über ein Gespräch mit einem Ex-Journalisten des „Wall Street Journal“, bei dem es um die Untersuchung gegen Hillary Clinton ging, in die Irre geführt. McCabe war unter anderem auch an den Ermittlung zu Russland's Mitwirken in den Präsidentschaftswahlen beteiligt. Ende März ernannte Präsident Trump **John Bolton** zum neuen US-Sicherheitsberater. Dieser sprach sich schon während der Amtszeit von George W. Bush klar für einen erhöhten Schutz gegenüber den „Schurkenstaaten“ Iran, Irak und Nordkorea aus. Sowohl die Ernennung von Pompeo zum Außenminister, als auch von Bolton zum Sicherheitsberater, deuten auf einen möglichen Ausstieg aus dem iranischen Atomabkommen hin. Mitte Mai 2018 steht die nächste Entscheidung über eine Verlängerung im Atomdeal an.

Es ist weiterhin schwer einzuschätzen, welche Punkte seiner ursprünglichen politischen Agenda für Präsident Trump (abgesehen von „Make America Great Again“) dauerhaft Priorität genießen werden und tatsächliche Umsetzung erfahren und wie sich seine Wirtschaftspolitik mittelfristig ausgestalten wird.

Die seit Anfang 2017 veränderte Situation stellt aber in jedem Fall eine erhöhte politische Unberechenbarkeit und Unsicherheit dar, welche sich mittelfristig auch auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken könnte.

Auch die siebente Verhandlungsrunde zu NAFTA ohne Ergebnis

Donald Trump sprach sich während des Wahlkampfes vehement gegen bestehende Freihandelsabkommen, wie NAFTA und TPP, aus. Den Austritt aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen, welches erst 2015 fertigverhandelt wurde und vom Kongress noch abgezeichnet werden musste, gab Donald Trump in der ersten Amtswoche, durch eine Executive Order bekannt. Anfang März startete die siebente Runde zu den NAFTA Verhandlungen, in welcher es nachwievor zu keiner Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten USA, Kanada und Mexiko kam.

Lediglich sechs der insgesamt dreißig Kapitel konnten bisher ausgehandelt werden. Da Mexiko ab März mit Präsidentschaftswahlkämpfen und in Folge im Juli mit der Wahl beschäftigt sein wird, gerät Trump unter Zeitdruck noch rechtzeitig seine Forderungen durchzusetzen. Auch wenn der US-Präsident mit Strafzöllen auf Stahl und Aluminium auch in Richtung der NAFTA-Vertrags-

partner drohte (mit dem Kommentar diese aufzuheben, sollte es zu einer endgültigen Einigung, zu Gunsten der USA, in den NAFTA Verhandlungen kommen) waren beide Länder von den letztlich verabschiedeten tarifären Schutzmaßnahmen letztlich nicht betroffen.

In seinen ersten Executive orders, welche seine Politik in den ersten 365 Tagen bestimmen sollen, hat er etwaige Neuverhandlungen bestehender Abkommen in Aussicht gestellt.

Übersicht bisher unterzeichnete Executive Orders von Präsident Trump

Wie bereits im Wahlkampf will Trump den wirtschaftspolitischen Fokus wieder deutlich auf die USA richten und hat bisher unter anderem folgende „executive actions“ umgesetzt:

- Lockerung der Regulierung bei der Güterproduktion
- Erweckung Keystone-XL-Pipeline und die die Dakota-Access-Pipeline
- Reduzierung des Verwaltungsaufwandes
- Austritt aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP
- Verschnellerung von Prüfverfahren hinsichtlich von Umweltverträglichkeit
- Dekret gegen NGOs, die Abtreibungen unterstützen
- Einstellungsstopp für Bundesbehörden
- Dekret gegen Obamacare
- Stopp aller noch nicht unterzeichneten Verordnungen von Obama.
- Wiederherstellung des Rechtsstaats, Föderalismus und wirtschaftlichen Wachstums
- Abgeändertes Einreiseverbot Anfang März. Bereits der zweite Versuch, Bürger aus 7 vorwiegend muslimischen Ländern an der Einreise zu hindern, wurde von US-Gerichten als verfassungswidrig aufgehoben
- „Buy American – Hire American“ – Eine Initiative, um US-Konzerne dazu zu bewegen wieder mehr Arbeiter aus den USA anzustellen.
- Förderung von freier Meinungsäußerung und Religionsfreiheit
- Stärkung der Cyber-Security von öffentlichen Einrichtungen
- Wiedereinberufung des Nationalen Weltraumrats
- Sanktionen gegen Nordkorea und Russland
- Förderung des Wettbewerbs von Krankenversicherungen (Trumpcare)
- Einführung einer „Presidential Advisory Commission“ um faire Wahlen zu gewährleisten

Trump verhängt Schutzzölle auf Aluminium und Stahl

Am 8. März verhängte Präsident Trump mittels Proklamation Schutzzölle in Höhe von 25% auf Stahl und 10% auf Aluminium. Die Umsetzung erfolgt 15 Tage nach der Unterzeichnung der Proklamation und damit ab 23. März 2018. Wie ebenfalls spekuliert, wurden die NAFTA-Partner Kanada und Mexiko vorerst von dieser Regelung ausgenommen (allerdings abhängig von den Fortschritten bei den NAFTA Verhandlungen und unter der Annahme, dass diese Länder „trans-shipments“ verhindern).

Die EU bemühte sich so schnell wie möglich mit den USA ebenfalls eine Ausnahme-Einigung zu erwirken.

Am 25 März 2018, wurden vom Weißen Haus die Länder-Ausnahmen mittels Proklamation veröffentlicht und beinhalten zusätzlich die Mitgliedsstaaten der EU sowie Australien, Argentinien, Südkorea und Brasilien – allerdings vorerst nur bis 1. Mai 2018. Zusätzlich wird – um „trans-shipments“, Überproduktion oder andere Maßnahmen die zu erhöhten Exporten in die USA führen – die Einführung einer Quote angedroht, die für Importe seit dem 1. Jänner 2018 anwendbar sein wird.

Die EU Kommission hatte jedenfalls bereits tarifäre Gegenmaßnahmen ausgearbeitet und eine Liste von möglichen Waren mit US-Ursprung mit einem Volumen von EUR 2.8 Mrd. erstellt (Whiskey, Orangensaft, Jeans, Harley-Davidson Motorräder, Erdnussbutter etc.) welche hier gezielt mit Zöllen belegt werden könnten.

Am 22.03.2018 wurde bekannt, dass nach Angaben der US-Regierung die EU von den geplanten Strafzöllen auf Stahl und Aluminium vorläufig befreit bleiben soll. Trumps Handelspolitik ist insgesamt jedenfalls eher gegen China gerichtet, wo ein Handelsbilanzdefizit von USD 375 Mrd. in 2017 verzeichnet wurde.

Trump's Budgetplan für 2019 sieht mehr Geld für Sicherheit und Infrastruktur vor

Trump's vorgeschlagener Budgetplan im Mai 2017 spiegelte seine Ankündigung während seines Wahlkampfes wider. Insgesamt wurden vor allem in den Ministerien Labor, State and International Aid und Environmental Protection Agency (E.P.A.) Budgetkürzungen von bis zu 31,5% vernommen. Dafür wurden Ausgaben bei Rüstung und Militär, sowie für das Amt Veterans Affairs erhöht. Dutzende Regierungsprogramme wurden für dieses Budget aufgelöst. Auch für das Budget 2019 sind weitere Kürzungen von 34% in der E.P.A und 29% im State Department vorhergesehen, während die Ausgaben für National Security und Border Patrol noch weiter aufgestockt werden sollen. Auch inkludiert im Budgetplan für 2019 ist Trump's versprochenes Investment in Infrastruktur, welches \$1.5 Billionen ausmachen soll. Das Budget des Weißen Hauses beruht auf den Annahmen, dass das erwartete Wirtschaftswachstum durch die Steuerreform die erhöhten Ausgaben wieder einbringen wird. Der vorgeschlagene Budgetplan wird von Experten als äußerst optimistisch gesehen, da auch mit einem guten Wirtschaftswachstum ein erhöhtes Haushaltsdefizit zu erwarten ist.

Gegen Ende März unterzeichnete Trump, trotz Veto Drohung am Abend zuvor, im Rahmen des Budgetplanes das Haushaltsgesetz (Omnibus Spending Bill). Der US-Präsident ist unzufrieden mit dem Etat, da es kein Geld für die Errichtung der Mauer vorhersieht, sowie keine Regelung für das DACA Programm (Deferred-Actions-for-Childhood-Arrivals).

Trump verzeichnet mit erster Steuerreform seit 30 Jahren nach Reagan einen politischen Etappensieg

Die erste Hürde eines potentiellen parteiinternen Widerstands der Republikaner betreffend Präsident Trumps in Aussicht gestellte Steuersenkungen, welche ein Volumen von etwa 1.5 defizitfinanzierten Billionen ausmachen, wurde Mitte Oktober 2017 im Senat ohne republikanische Gegenstimmen genommen. Dabei handelte es sich jedoch nur um eine unverbindliche Anhörung. Nachdem Wochen später sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat mehrheitlich für die Steuerreform gewählt wurde, konnte Präsident Trump noch medienwirksam vor Weihnachten seine Unterschrift auf die die neue Steuerreform setzen.

Mit einer Reduktion der Körperschaftssteuer von 35% auf 21%, des Einkommenssteuersatzes auf 37% (von 39,6%) und einer Verdoppelung der abzugsfähigen Beträge, sollte kurz bis mittelfristig fast jeder amerikanische Steuerzahler von dieser Novellierung profitieren. Während die Reduktion der Körperschaftssteuer als permanent gelten soll, werden die Einkommenssteuersätze nur für die Jahre 2018-2025 angewandt und sollen dann wieder auf das Niveau von 2017 angepasst werden.

Analysten warnen vor der Gefahr eines Steuerdumping-Zyklus

Durch die starke Entlastung bei Unternehmensabgaben sehen Analysten Gefahr, dass sich die ohnehin bereits hohe Verschuldung der USA (welche sich gegenwärtig auf etwa USD 20 Billionen beläuft) weiter erhöhen werde. Zudem ist die Gefahr eines Steuerdumping-Zyklus anderer Staaten, die von einem steuerlichen Standpunkt aus kompetitiv bleiben wollen, nicht auszuschließen.

Kurzfristig Wirtschaftsaufschwung erwartet?

Trump's Steuerpolitik gepaart mit seinen geplanten Investitionen in Infrastruktur und Deregulierung in Bereichen der Umweltpolitik könnte die US-Wirtschaft kurzfristig – wenn auch eventuell auf Kosten von Umweltschutz und -standards, etwa bei Fracking, Förderung von Bodenschätzen und Naturressourcen und Energieerzeugung, etc... - sogar beschleunigen. Die negativen Rückwirkungen dieser Politik werden wahrscheinlich erst mittel- bis langfristig zu spüren sein.

US-Austritt aus Pariser Klimaabkommen verkündet und erwartet

Unmittelbar nach einer großen Nah-/Mittlerer Osten- und Europa-Besuchsreise Ende Mai kündigte US-Präsident Trump den Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen an - unter heftiger internationaler Kritik. Allerdings würde ein fälliger Austritt der USA erst Ende 2020 wirksam werden. Theoretisch könnte also eine andere Administration, sollte Trump nach vier Jahren wieder abgewählt werden, diesen Austritt rasch rückgängig machen, auch wenn das Trump-Kabinett Anfang August bereits den Formalprozess für einen Austritt einleitete.

Nordkorea und USA bald an einem gemeinsamen Tisch?

Geopolitisch hatte sich vor allem der Ton zwischen den USA und Nordkorea in der zweiten Jahreshälfte 2017 verschlechtert, auch wenn Präsident Trump, gemäß Aussagen von ehemaligen Secretary of State Rex Tillerson, bestätigt haben soll, sämtliche diplomatischen Kanäle und Optionen auszuschöpfen, auch wenn man sich „auf das Schlimmste vorbereiten müsse“. Anfang März 2018 überraschte Präsident Trump dann mit der Zustimmung zu einem Treffen mit Kim Jong-un.

Auch die außenpolitischen Beziehungen zum Iran und im speziellen der Frage, ob hier seitens der islamischen Republik Erfüllung der im Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), auch besser bekannt als „Iran Nuclear Deal“, dargelegten Konditionen herrschte, haben sich seit Sommer 2017 wieder etwas verschlechtert; Trump hat per Präsidialerlass Sanktionen betreffend der Mitglieder der Revolutionsgarden erlassen und den Senat um Prüfung weiterer Schritte ersucht.

Neue Ermittlungen in der Russland-Affäre

Russland's möglicher Einfluss in der US-Präsidentschaftswahl wird wohl bis zum Ende Trump's Amtszeit ein Thema bleiben. Robert Mueller, der seit Mai 2017 Sonderermittler der Russland Affäre ist, soll nun erstmals die „Trump Organization“ vorgeladen haben. Das Unternehmen wird aufgefordert jegliche Dokumente, die im Zusammenhang mit Russland stehen, herauszugeben. Trump hat schon mehrmals seine Kritik gegenüber der Russlandermittlungen geäußert. Nun ist abzuwarten wie der US-Präsident auf diese Anordnung reagieren wird. Eine Entlassung Robert Muellers, und somit der Beginn eines Machtkampfes zwischen Republikanern und Demokraten im Repräsentantenhaus, ist nicht auszuschließen.

Privatverschuldung erreicht 2017 historischen Höchststand

Im zweiten Quartal 2017 hat der private Schuldenstand der US-Haushalte mit USD 12.8 Billionen einen historischen Höchststand erreicht und damit bereits in Q1 sogar den Wert von Q3 2008, unmittelbar vor der Wirtschaftskrise, überschritten. Bis zum Ende des Jahres ist der Schuldenbestand der US-Haushalte auf einen Rekordwert von 13,15 Billionen gestiegen.

Signifikant gesteigert hat sich dabei der Anteil der Studentendarlehen, welcher nun 11,2% beträgt und sich damit gegenüber 2008 (5%) mehr als verdoppelt, bzw. gegenüber 2003 (3.3%) verdreifacht hat.

Hypotheken machen zwar mit 71.4% nach wie vor das Gros der Privatverschuldung aus, haben sich aber insgesamt leicht rückläufig entwickelt und markieren auf dem Stand von 2003. Die übrigen Anteile verteilen sich auf Autodarlehen (9.2%), Kreditkartenschulden (6%) und Sonstige (2.9%).

Sitzen alle im selben Zug?

Dazu kommen soziale Ungleichheiten, die auch im Wahlkampf an den extremen Enden der beiden Großparteien zu einer stärkeren politischen Bewegung führten. Die USA sind immer noch die Lokomotive der Weltwirtschaft, der Zug bewegt sich in Richtung steigendem Wirtschaftswachstum, allerdings stellt sich auch hier die Frage, **ob auch alle im selben Zug sitzen?** Die Arbeitslosigkeit ist in der schwarzen Bevölkerung immer noch doppelt so hoch als bei den weißen Mitbürgern. Die Schere wird unter anderem durch folgendes Beispiel deutlich sichtbar: Im Bundesstaat mit der höchsten weißen Arbeitslosigkeit (in Tennessee) ist die Rate immer noch weit unter jener im Bundesstaat mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit von schwarzen US-Bürgern (in Virginia).

Trump stellt Obamacare Versicherungszuschüsse ein

Mitte Oktober 2017 hat Trump schließlich die föderalen Versicherungszuschüsse unterbunden, was prompt heftige Reaktion einer Vielzahl an Bundesstaaten hervorgerufen hat und einen Finanzierungseingpass von USD 7 Mrd. hervorrufen könnte. Nach monatelanger Stille rund um die Zukunft der US-Krankenversicherungen, gab es Mitte Februar 2018 die erste Entwicklung in diesem Anliegen. Donald Trump möchte den Wettbewerb in der Krankenversicherungsindustrie mit Hilfe von sogenannten „Kurzzeit-Versicherungen“ wieder eröffnen. Diese Versicherungen laufen weniger als ein Jahr und sollen den amerikanischen Bürgern die Möglichkeit auf mehr Auswahl, passend zu den jeweiligen Bedürfnissen, bieten.

• **3. Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich¹**

Österreichische Exporte legen 2017 wieder zu

Nachdem Österreich's Ausfuhren im Jahr 2016 um 3,9% gegenüber des Rekordjahres 2015 fielen, **konnte 2017 wieder ein Plus von 10,7%** verzeichnet werden und machten somit einen **Wert von 9,66 Mrd EUR** aus. 2015 machten alleine die USA mehr als ein Drittel aller österreichischen Exportzuwächse aus und katapultieren den größten Markt der Welt damit zur eindeutigen Nummer Zwei für die österreichische Exportwirtschaft, was sich auch 2016 und 2017 weiter bestätigte.

US-Importe stiegen um 16,2% auf 5,81 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahr. Das Handelsvolumen wuchs insgesamt signifikant. In keiner anderen Handelsbeziehung erwirtschaftet Österreich einen derart hohen Handelsbilanzüberschuss (EUR 3.85 Mrd.).

Österreichische Niederlassungen in den USA äußerst zufrieden mit 2017

2017 wurde erneut eine Umfrage von österreichischen Niederlassungen in den USA durch AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA zur gegenwärtigen Situation, sowie über Entwicklungen im laufenden und kommenden Jahr durchgeführt. Auch wenn die Berichterstattung zu Präsident Trump und seiner Politik, vor allem in letzter Zeit, stark von Skandalen und fragwürdigen Entscheidungen geprägt ist, kann die US-Wirtschaft momentan als äußerst solide bezeichnet werden. Dies sehen auch die Befragten österreichischer Niederlassungen so. Etwa zwei Drittel der Befragten sahen eine Verbesserung des Wirtschaftsklimas in den letzten 12 Monaten. Vor allem der Gesamtumsatz, die Auftragslage und die Kapazitätsauslastung haben sich verbessert. Auch für die kommenden 12 Monate scheint der Ausblick ähnlich: zwar gehen nur 38% von einer Verbesserung aus, aber 58% nehmen an, dass die Situation gleich bleiben wird – und nur 4% erwarten eine Verschlechterung. (Weitere Informationen finden Sie im Artikel zur ABC Indikator Umfrage <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/umfrageergebnisse-oesterreichische-niederlassungen-usa.html>).

¹ Ganzjahreszahlen von 2017 sind vorläufige Ergebnisse (Stand März 2018)

Wieder Zuwächse in den wichtigsten Produktkategorien

Die österreichischen Exporte in die USA entwickelten sich 2017 mit +10,7% auf EUR 9.7 Mrd. stark. In der schon 2016 (und traditionell) bedeutendsten Kategorie „Maschinen und mechanische Geräte“ konnte auch 2017 ein weiterer Zuwachs von +5,5% auf 2,24 Mrd. EUR verzeichnet werden, was vor allem auf einen vermehrten Export von Verbrennungsmotoren (+11,8% auf 355 Mio. EUR) und von Hebe- und Lademaschinen (+22,3% auf 121 Mio. EUR) zurückzuführen ist. Die Ausfuhr von Kühlgeräten verdoppelte sich im Vergleich zu 2016 (+107,6% auf 57 Mio. EUR) während sich die Ausfuhr von Dieselmotoren um -8,9% auf 384 Mio EUR verringerte.

Auch die zweitwichtigste Kategorie „elektrische Maschinen und elektrotechnischen Waren“ wuchs mit 17,4% auf EUR 1,43 Mrd. beträchtlich; hier vor allem elektrische Apparate für Drahttelefonie, +48,8% auf EUR 492,2 Mio., und Funknavigations- und steuergeräte, +40,1% auf EUR 236,1 Mio.).

Die drittwichtigste Produktgruppe Fahrzeuge (Zugmaschinen, KFZ, Traktoren, Motorräder und Fahrräder) wuchs 2017 mit +47,4% auf 1,02 Mrd. EUR besonders stark. Vor allem im Bereich der Personenkraftwagen, einschließlich Kombifahrzeuge, konnte man nach einem schwachen Jahr 2016 wieder einen großen Zuwachs von 64,2% auf 671 Mio. EUR verzeichnen. Zweitstärkste Gruppe der Fahrzeuge sind Motorräder mit einem Zuwachs von 21,8% auf 235 Mio. EUR.

Positive Entwicklung bei Eisen- und Stahl-Exporten

Auch andere Produktkategorien wie optische, photographische Geräte, Mess- und Prüfinstrumente waren mit 405 Mio. EUR und +7,3% stark, während pharmazeutische Erzeugnisse nach sehr guten Jahren 2015 und 2016 um -3,9% auf 719,8 Mrd. EUR leicht fielen. Interessant ist außerdem die positive Entwicklung bei Eisen und Stahl. Der Wert der exportierten Eisen- und Stahlwaren stieg 2017 um +39,2% auf 323 Mio EUR; ebenso der Anteil von Eisen- und Stahl-Exporten, um +53,8% auf 241 Mio EUR. Diese positive Entwicklung könnte auf die Vorahnung österreichischer Exporteure über mögliche tarifäre Handelshemmnisse (wie am 8. März 2018 verkündet), zurückzuführen sein.

Energydrinks heuer wieder stark wachsend

Ähnlich wie schon 2016 entwickelte sich die Produktgruppe „Getränke und alkoholische Flüssigkeiten“ mit einem Wachstum von +20,7% (2016 +22,4%) auf 819 Mio. EUR (nahezu ausschließlich Energydrinks und kohlenensäurehaltige Getränke, +21,3% auf 794,3 Mio EUR). Im Getränkebereich schwankt das Liefervolumen allerdings, seit Red Bull teilweise auch aus einem Schweizer Standort der Firma Rauch den US-Markt beliefert. Während 2012 Lieferungen aus österreichischer Produktion dominierten, dürfte 2013 und 2014 vermehrt aus dem Schweizer Werk geliefert worden sein. Das Exportvolumen bei den Energydrinks ging im Jahr 2013 um -5,7% zurück. Auch 2014 verzeichnete man rückläufige Absätze in der Höhe von 2,7%. 2015 konnten schließlich die heimischen Exporteure den Trend umkehren und exportierten 2015 um 40% mehr als im Jahr 2014 und auch im Jahr 2016 deutlich mehr.

Die mit EUR 12,04 Mio. vom Volumen her weniger bedeutenden, aber für das Image und die Sichtbarkeit Österreichs wichtigen Lieferungen von Wein, sind nach einem starken Jahr 2016 nur minimal um 0,2% in 2017 gestiegen.

Österreichische Firmen sind in den USA besonders im Maschinen- und Anlagensektor gut positioniert und profitieren damit von der zunehmenden Mechanisierung im Industriebereich. Die größten Einzelexporteure sind nach wie vor Red Bull, BMW Steyr, Glock, GM Powertrain, Magna, Baxter und Voest Alpine.

Direktinvestitionen steigen kontinuierlich

Die von der ONB erfassten österreichischen Direktinvestitionen in den USA haben sich zwischen 2008 und 2016 auf EUR 9,4 Milliarden mehr als verdreifacht (letztverfügbare Daten). Da auch einige österreichische Großunternehmen über Holdingkonstruktionen in Luxemburg und der Schweiz in den USA investiert haben, dürfte das tatsächliche Volumen noch um einiges höher liegen. Schachtelbeteiligungen und unterschiedliche Erfassungskriterien der statistischen Quellen machen exakte Zahlenangaben schwierig, wir gehen aber von einem Investitionsvolumen von etwa EUR 12 Mrd. insgesamt aus und rund 31000 Arbeitsplätze die in den USA geschaffen wurden. Wir schätzen, dass von den etwa 670 österreichischen Tochterfirmen knapp 200 Unternehmen oder mehr, etwa 1/3, aktiv produzieren. Bei den Übrigen handelt es sich um Repräsentanzen und Vertriebsniederlassungen.

Die „big players“ sind alle schon da...

Viele der österreichischen Top 100 erwirtschaften große Teile ihrer weltweiten Konzernumsätze am US-Markt. Besonders stark engagieren sich Schoeller Bleckmann, Red Bull, Plansee, Rosenbauer, Miba, Andritz, Voest Alpine, Palfinger, Blum, Alpla, Hoerbiger, Agrana oder VAI Siemens. Auch bei Unternehmen wie Swarovski, Engel, Wienerberger, Tyrolit, Kapsch, Teufelberger, Plasser & Theurer, AVL, Doka, Boehler Uddeholm, Fronius, Glock, Constantia, Mondi oder Greiner dürften die Ertragsbeiträge aus dem US-Geschäft in wesentlichen Größenordnungen liegen. Viele der genannten Unternehmen sind in ihrem Segment US-Marktführer oder zumindest unter den Top 5.

Wichtigste Importgüter sind chemische Erzeugnisse, pharmazeutische Produkte und KFZ

Die **Importe aus den USA stiegen im GJ 2017 um 16,2% auf 5,8 Milliarden EUR** kräftig; wichtigste US-Lieferungen waren in diesem Zeitraum **„organische Verbindungen“** (+13,3%, 1,2 Mrd., davon nahezu ausschließlich natürliche oder synthetische Hormone mit +14,5% und EUR 1,16 Mrd.), **„pharmazeutische Produkte“** (+5,5%, EUR 946 Mio.), **„Maschinen, Apparate und mechan. Geräte“** (+17,3%, EUR 659 Mio.), **Fahrzeuge** (+15,5% auf 620 Mio.), sowie **„optische, photographische Geräte, Mess- und Prüfinstrumente“** (+7,0%, EUR 451 Mio.)

Weiterhin hoher Überschuss in Handelsbilanz

Nach wie vor erwirtschaftet Österreich in keiner anderen bilateralen Handelsbeziehung Überschüsse in ähnlicher Größenordnung wie im US Geschäft. Im Vergleich zu 2014 konnte diese positive Entwicklung 2015 sogar noch übertroffen werden und steigerte sich um 13,4% von 3,38 Mrd. EUR auf **3,83 Mrd. EUR**; im Jahr 2016 musste mit 3,709 ein leichter Rückgang von -3,2% verzeichnet werden. 2017 haben die Überschüsse wieder leicht zugenommen um +3,4% auf 3,85 Mrd. EUR.

Chancen prinzipiell überall aber besonders bei:

- Life Style
- Anlagenbau
- Spezialmaschinen
- Medizintechnik
- Automatisierung
- IT-Lösungen
- Sicherheit
- Automobil
- Grünes Bauen
- Gesundheitssektor
- Intelligente Textilien

Anbieter im **Bereich Konsumgüter und Lifestyle** profitieren nach wie vor von steigender Konsumnachfrage. Chancen für österreichische Lieferanten bestehen am **Automobilsektor**, wo die europäischen Erfahrungen mit kleinen Motoren und leichten Werkstoffen gefragt sind und viel in neue Entwicklungen gesteckt wird und mit vermehrter Investitionstätigkeit in naher Zukunft zu rechnen ist. Bei **nachhaltigen Baulösungen und Energieeffizienz** tut sich nun auch in den USA etwas. Eine Erholung der Baukonjunktur bringt generell breitere Möglichkeiten bei **Baumaschinen, Materialien und Innenausstattung**. Am **Eisenbahnsektor**, bei der **Sicherheitstechnik** und bei **erneuerbaren Energien** besteht massiver Aufrüstungs- und Nachholbedarf. Im **IT und Software Bereich** kommen Speziallösungen Speziallösungen oft kleiner österreichischer Anbieter zunehmend zum Zug. Die Erneuerung veralteter Industrieanlagen und das verstärkte Investment in die Hochtechnologie in den USA eröffnen neue Chancen für **Gesamtlösungen im Anlagenbau und in der Automatisierungstechnik sowie im Bereich Industrie 4.0**. Gute Möglichkeiten gibt es auch in der **Medizintechnik**, bei der **Digitalisierung von Spitals- und Patientenmanagement und bei intelligenten Textilien**.

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

CORPORATE COMMUNICATION

1045 Wien

Wiedner Hauptstraße 63

T +43 (0)5 90 900-4317

